

Niederschrift

über die 28. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 12.09.2013
(9. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung	5
1 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 25. Juni 2013; Straßenreinigung Fischelner Straße Vorlage: FB5/589/2013	5
2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 11.06.2013; Straßenumbenennung Hindenburgstraße Vorlage: BM/620/2013	5
3 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 21.06.2013; Anwohnerschutz vor Lärm- und Abgasbelastung K9 (Bergfeld) Vorlage: ZD/623/2013	6
4 Bericht der Wirtschaftsförderung	6
5 2. Bericht zur Finanzsituation 2013 - Tischvorlage - Stand: 31.08.2013 Vorlage: SFI/195/2013	7
6 Änderung der Vergabeordnung der Stadt Meerbusch BGO 10-08, Ziffer 3.3. Beschaffung von Streusalz für den Winterdienst Vorlage: FB5/003/2013	7
7 Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) Vorlage: SFI/592/2013	8
8 Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes Personelle und organisatorische Konsequenzen Vorlage: ZD/012/2013	8
9 Anträge	9
9.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2013 bez. Öffentlichkeitsarbeit: Internetauftritt - Planungsbereich Vorlage: ZD/126/2013 ...	9
9.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 6. August 2013 betr. Abundanz-/ Solidarumlage Vorlage: ZD/130/2013	9
10 Anfragen	10
10.1 Anfrage des Rats Herrn Müller - Zentrum - vom 1. August 2013 betr. Ermächtigungsübertragungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 Vorlage: ZD/081/2013	10

10.2	Anfrage des Rats Herrn Müller - Zentrum - v. 22.08.2013 Sicherheitsleistungen bei Bauaufträgen Vorlage: ZD/086/2013.....	10
10.3	Anfrage des Rats Herrn Müller - Zentrum - vom 28.08.2013 betr. Parkplatz Düsseldorf Straße in Meerbusch-Büderich Vorlage: ZD/087/2013.....	11
10.4	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.09.2013 betr. Betriebsbesuche von BundestagskandidatInnen in Meerbuscher Unternehmen Vorlage: ZD/089/2013 .	11
10.5	Anfrage des Rats Herrn Müller - Zentrum - vom 05.09.2013 betr. Steuererhöhungen seit 2011 Vorlage: ZD/090/2013	12
10.6	Anfrage des Rats Herrn Müller - Zentrum - vom 06.09.2013 betr. Wochenendfahrt nach Fouesnant Vorlage: ZD/091/2013.....	12
11	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	12
12	Termin der nächsten Sitzung: 14. November 2013.....	13
13	Verschiedenes	13

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dieter Spindler Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertretung für Ratsherrn Wartchow

Herr Werner Damblon Ratsmitglied anwesend ab TOP 4

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr M.A. Mike Kunze Ratsmitglied Vertretung für Ratsherrn Damblon bis 18.00 Uhr, TOP 4

Herr Franz-Josef Radmacher Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied anwesend bis TOP 10.3

von der FDP-Fraktion

Herr David Burkhardt Ratsmitglied Vertretung für Ratsherrn Dr. Schumacher-Adams

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

Herr Jörg Schleifer Ratsmitglied

Herr Dr. Klaus Schmidt-Menschner Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied Vertretung für Ratsfrau Niederdellmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Christian Staudinger-Napp Ratsmitglied anwesend bis TOP 9.2

Zentrum

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage Erste Beigeordnete

Herr Dr. Just Gérard Technischer Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Ekkehard Deußen Fachbereich 5

Herr Thomas Fox Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Ulrich Mombartz Personalrat

Frau Gabriele Parschau
Frau Heike Reiß
Herr Christian Volmerich
Frau Alice Wiegand
Herr Jürgen Wirtz

Gleichstellungsbeauftragte
Wirtschaftsförderungsreferat
Service Finanzen
Referentin des Bürgermeisters
Bereichsleiter Zentrale Dienste

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Ilse Niederdellmann

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeister Spindler auf folgende Unterlagen hin, die dem Ausschuss als Tischvorlagen zu den genannten Tagesordnungspunkten verteilt wurden:

Antrag der FDP-Fraktion zur Vertagung der Beschlussfassung zu TOP 2,

Bericht der Wirtschaftsförderung zu TOP 4,

2. Bericht zur Finanzsituation zu TOP 5,

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Betriebsbesuchen von Bundestagskandidaten/-innen (TOP 10.4) und

Anfragen von Ratsherrn Müller zu Steuererhöhungen (TOP 10.5) und zu einer Wochenendfahrt nach Fouesnant (TOP10.6).

Einwendungen und weitere Wünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.

Öffentliche Sitzung

- 1 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 25. Juni 2013;
Straßenreinigung Fischelner Straße
Vorlage: FB5/589/2013**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss des Rates verweist die Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert das Anliegen der Petenten und die Zuständigkeit des Bau- und Umweltausschusses. Eine Vertreterin der Petenten ist anwesend und ist über das Verfahren informiert.

- 2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 11.06.2013;
Straßenumbenennung Hindenburgstraße
Vorlage: BM/620/2013**

Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird einstimmig vertagt.

Bürgermeister Spindler verweist auf den vorliegenden Vertagungsantrag der FDP-Fraktion. Da er weitgehend sei, sei zunächst über ihn zu entscheiden.

Ratsherr Rettig erläutert den Vertagungsantrag. Ziel sei es, die Angelegenheit im Rahmen einer größeren Veranstaltung gemeinsam mit Bürgern zu beraten. Hierbei könnten u.U. auch Erkenntnisse zu anderen möglichen Fällen von Straßenumbenennungen gewonnen werden. Zudem bestehe für die Bürger durch eine Einbeziehung in die Beratung, die Möglichkeit, sich näher über die Angelegenheit zu informieren.

Anschließend ergibt sich eine ausführliche Diskussion, in der neben einer grundsätzlichen Zustimmung zu einer Vertagung jedoch Zweifel geäußert werden, ob eine Veranstaltung zu einer neutralen Betrachtung der Problematik führen könne und ob der Aufwand zur Durchführung einer solchen Veranstaltung nicht zu groß sei.

Ratsherr Schleifer erklärt für seine Fraktion, sie habe sich intern noch nicht ausreichend beraten können und daher um Vertagung gebeten. Bis zu nächsten Sitzung könne sie ihre näheren Vorstellungen zu einer möglichen Veranstaltung formulieren und mitteilen.

Bürgermeister Spindler gibt zu bedenken, dass es aus unterschiedlichsten Quellen Informationsmöglichkeiten zu Hindenburg gebe. Ein Wissenschaftler könne letztlich nicht abschließend zur Klärung beitragen, da die Straßenbenennung eine politische Entscheidung sei. In der vorliegenden Form lehne er den Antrag der FDP ab, da er mit anderen Dingen verknüpft sei. Soweit der Vertagungswunsch jedoch ausschließlich mit weiterem Beratungsbedarf in der Fraktion begründet werde, könne er dies nachvollziehen.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich im Ausschuss der einstimmige Wunsch, die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Herr Dr.Thieme erhält dennoch die Möglichkeit, seine Bürgeranregung zu begründen und nimmt diese ausführlich wahr. Dabei stellt er insbesondere heraus, dass Hindenburg durch sein politisches Verhalten kein Vorbild sei und daher eine Ehrung durch eine Straßenbenennung nicht akzeptabel sei. Die Stadt Meerbusch solle sich von ihm distanzieren.

**3 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 21.06.2013;
Anwohnerschutz vor Lärm- und Abgasbelastung K9 (Bergfeld)
Vorlage: ZD/623/2013**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist die Bürgeranregung zum Anwohnerschutz vor Lärm- und Abgasbelastung an der K9 (Bergfeld) an den Bau- und Umweltausschuss zur abschließenden Beratung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert, dass zunächst eigentlich der Rhein-Kreis Neuss als Träger der Straßenbaulast für das Anliegen zuständig sei. Da die Petenten jedoch signalisieren, u.U. auch eine Errichtung von Lärmschutzeinrichtungen auf ihren Grundstücken zu ermöglichen, könne man auch eine Zuständigkeit der Stadt und hier dann des Bau- und Umweltausschusses sehen. Insoweit werde die Verweisung an diesen Ausschuss empfohlen.

Frau Presch erhält anschließend als Vertreterin der Petenten Gelegenheit, die Bürgeranregung zu erläutern.

4 Bericht der Wirtschaftsförderung

Frau Reiß erstattet den Bericht, der der Niederschrift mit einer Übersicht zur Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Gebiet der Stadt Meerbusch bis zum Jahr 2012 als Anlage beigefügt wird.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Anschließend beantwortet Frau Reiß Nachfragen aus dem Ausschuss.

5 **2. Bericht zur Finanzsituation 2013 - Tischvorlage -**
Stand: 31.08.2013
Vorlage: SFI/195/2013

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde dem Ausschuss vor Sitzungsbeginn eine Informationsvorlage verteilt, deren Inhalt Herr Fiebig näher erläutert. Die veranschlagte Höhe der Einnahmen aus der Gewerbesteuer sei voraussichtlich nicht zu erreichen. Er rechne dort mit Mindereinnahmen in Höhe von 3 Mio. €. Insgesamt werde das im Haushaltsplan kalkulierte Defizit wahrscheinlich jedoch knapp unterschritten.

Herr Fiebig beantwortet anschließend gemeinsam mit Bürgermeister Spindler weitere Fragen aus dem Ausschuss, besonders zu den Gründen für die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer, ob und wie man dies u.U. mit einer veränderten Steuerung bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben beeinflussen könne, zum Gesamtvollstreckungsvolumen und zur Planbarkeit der Höhe des kommunalen Anteils an der Einkommenssteuer. Dabei wird deutlich, dass insbesondere eine Beeinflussung der Gewerbesteuer durch eine veränderte Steuerung bei der Ansiedlung von Firmen nicht möglich ist.

Dem stimmt Ratsherr Schmidt-Menschner zu, der ausführt, es liege in der Natur der Gewerbesteuer schwankend zu sein, da sie im Wesentlichen vom Erfolg der Unternehmen abhängig sei.

Ratsherr Jürgens kritisiert, dass der Abfluss der Mittel bei Baumaßnahmen erneut nicht den Haushaltsansätzen entspreche.

6 **Änderung der Vergabeordnung der Stadt Meerbusch BGO 10-08, Ziffer 3.3. Beschaffung von**
Streusalz für den Winterdienst
Vorlage: FB5/003/2013

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss der Stadt Meerbusch beschließt, die Vergabeordnung BGO 10-08 der Stadt Meerbusch unter Ziffer 3.3 dahingehend zu ändern, dass die Beschaffung von Streusalz aufgrund der unter „Sachverhalt“ beschriebenen Problematik und zur Erhöhung der Handlungsfähigkeit der Verwaltung bei extremen Witterungslagen von der Ausschreibungspflicht ausgenommen wird. Im Unterpunkt 3.3. ist das Wort „Energieförderung“ gegen „Energie- und Streusalzlieferung“ auszutauschen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Beschlussfassung erfolgt nach kurzer Erläuterung der Problematik durch Bürgermeister Spindler..

7 Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) Vorlage: SFI/592/2013

Beschluss:

Der Haupt- Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat gem. § 22 Abs.1 GemHVO der nachstehenden Regelung zuzustimmen:

Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen sind übertragbar und bleiben bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar.

Ermächtigungen und Auszahlungen von Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen jedoch längstens zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten, dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert die Beratungsvorlage. Da sich die gesetzliche Grundlage geändert habe, sei nunmehr ein Beschluss zu fassen, um die bisherige Praxis, die sich bewährt habe, fortführen zu können.

Herr Fiebig beantwortet anschließend eine Nachfrage von Ratsherrn Peters zur Notwendigkeit von Haushaltsveranschlagungen bei Maßnahmen, die sich über mehrere Jahre erstrecken..

8 Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes Personelle und organisatorische Konsequenzen Vorlage: ZD/012/2013

Beschluss:

Personal- und Organisationsentwicklung

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Konzept enthaltenen Bausteine der Personal- und Organisationsentwicklung in eigener Regie durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler erinnert zunächst an die bisherige Darstellung der Verwaltung zur Neufassung des Personalentwicklungskonzeptes in der Sitzung am 18.04.2013. Wie dort erläutert sollten nunmehr in der heutigen Sitzung nähere Einzelheiten zu den einzelnen Bausteinen des Konzeptes und mögliche personelle bzw. finanzielle Auswirkungen dargestellt werden. Die sei in der Beratungsvorlage erfolgt. Zur Umsetzung der Bausteine schlage er vor, dies mit eigenem Personal vorzunehmen. Dies habe zur Folge, dass hierfür wie aufgeführt eine neue Stelle der Besoldungsgruppe A 11 einzurichten sei sowie 2 weitere Stellen einer Anhebung bedürften.

Die Umsetzung der dargestellten Bausteine mit eigenem Personal wird vom Ausschuss positiv gesehen, insbesondere da es sich um dauerhafte Aufgaben handele. Hinsichtlich der beabsichtigten Be-

wertung der neuen Stelle nach Besoldungsgruppe A 11 stelle sich jedoch die Frage, ob dies angemessen sei, da mit der Stelle doch eine gewisse Durchsetzungskraft verbunden sein müsse.

Bürgermeister Spindler und Herr Wirtz verweisen diesbezüglich auf die Musterbewertung der KGSt, die die Stelle eines Organisators der Besoldungsgruppe A 11 zuordne.

Herr Mombartz erhält abschließend Gelegenheit, die Sichtweise des Personalrates zur Neufassung des Personalentwicklungskonzeptes darzustellen. Er befürwortet die Neufassung grundsätzlich und bittet um dessen Umsetzung. Hinsichtlich der Umsetzung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) sei derzeit nicht abschließend einzuschätzen, welchen zeitlichen Umfang es einnehmen werde, da dies von den Fallzahlen abhängt. Er regt daher an, im Stellenplan 2014 für den Fall, dass die derzeitige Personalkapazität nicht ausreicht eine zusätzliche Stelle einzurichten, die zunächst einen Sperrvermerk erhalten solle, den nur der Ausschuss aufheben könne.

9 Anträge

9.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2013 bez. Öffentlichkeitsarbeit: Internetauftritt - Planungsbereich Vorlage: ZD/126/2013

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ab sofort alle aktuell in der Diskussion befindlichen und zukünftigen Vorentwürfe, Aufstellungsbeschlüsse, B-Pläne und Gestaltungssatzungen im Netz zur Verfügung zu stellen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass in der Beschreibung der Dateien (in einem Link: Aktuelle Planungen in der Stadt Meerbusch) eine für die Bevölkerung nachvollziehbare Bezeichnung verwendet wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon erläutert kurz den Antrag.

9.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 6. August 2013 betr. Abundanz-/ Solidarumlage Vorlage: ZD/130/2013

1. Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Ratsherr Rettig erläutert den Antrag seiner Fraktion und räumt die Möglichkeit ein, Formulierungen im Entwurf des Resolutionstextes zu ändern.

Bürgermeister Spindler berichtet, dass in der gestrigen Bürgermeisterkonferenz des Rhein-Kreises Neuss Einigkeit bestanden habe, sich mit einer gemeinsamen Erklärung gegen das Gesetzesvorhaben zu wenden. Er schlägt darüber hinaus für die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 26.09.2013 die Teilnahme an einer gemeinsamen Klage vor.

Ratsherr Peters erklärt, die Stadt solle direkt klagen und insofern auf die Verabschiedung einer Resolution verzichten.

Ratsherr Damblon stimmt einer möglichen Klage zu, eine Resolution sollte dennoch zur äußeren Darstellung der Ablehnung des Gesetzes möglich sein.

Ratsherr Staudinger-Napp und Ratsherr Eimer befürworten eine Verabschiedung einer Resolution im Rat, jedoch mit textlichen Änderungen zum vorliegenden Entwurf.

Ratsfrau Niegeloh erklärt, die SPD-Fraktion könne zwar einer Resolution mit Änderungen zustimmen, werde jedoch eine mögliche Klage aus grundsätzlichen Gründen ablehnen.

Diese ablehnende Haltung stößt bei den Ratsherrn Damblon, Peters und Müller auf Unverständnis.

Ratsherr Schleifer regt an, in der heutigen Sitzung eine Grundsatzentscheidung zur Beschlussfassung im Rat zu treffen. Die Fraktionsvorsitzenden sollten bis dahin einen Formulierungsvorschlag abstimmen.

Diesen Abstimmungsaufwand hält Ratsherr Peters im Vergleich zu einer direkten Klage für zu hoch.

Bürgermeister Spindler schlägt vor, die Fraktionen mögen sich hinsichtlich einer Resolution bis zur Sitzung des Rates abstimmen, da dort die Beschlussfassung zu einer möglichen Klage ohnehin auf der Tagesordnung stehe. Diesem Vorschlag wird gefolgt.

10 Anfragen

10.1 Anfrage des Ratsherrn Müller - Zentrum - vom 1. August 2013 betr. Ermächtigungsübertragungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 Vorlage: ZD/081/2013

Herr Fiebig erläutert, dass für die Beleuchtung des Parkplatzes ein Betrag von 10.000 € übertragen wurde, jedoch leider irrtümlich ein weiterer Betrag von 10.000 € zusätzlich veranschlagt wurde.

10.2 Anfrage des Ratsherrn Müller - Zentrum - v. 22.08.2013 Sicherheitsleistungen bei Bauaufträgen Vorlage: ZD/086/2013

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard beantwortet die Anfrage für die Niederschrift wie folgt:
Der Einbehalt von Sicherungsleistungen richtet sich nach den Vertragsbedingungen der Stadt Meerbusch. Bei größeren Baumaßnahmen, die öffentlich ausgeschrieben werden, werden Vertragserfüllungsbürgschaften gefordert, die nach Beendigung der Baumaßnahme in Gewährleistungsbürgschaften umgewandelt werden. Bei beschränkten Ausschreibungen erfolgt eine Entscheidung im Einzelfall.

Alle Bürgschaftsurkunden werden in das Verwahrgelass der Stadtkasse eingeliefert. Sie bleiben dort während der Gewährleistungsfrist liegen und – wenn sich nach Ablauf der Gewährleistungsfrist herausstellt, dass das Bauwerk mangelfrei ist – aus dem Verwahrgelass ausgeliefert und dem Bauunternehmen zur Verfügung gestellt (2 - 4 bzw. 5 Jahre Gewährleistungsfrist).

Insofern gibt es kein Konto, auf dem die zurückbehaltenen Beträge gebucht werden.

Einen entsprechenden Spiegel gibt es somit auch nicht.

10.3 Anfrage des Ratsherrn Müller - Zentrum - vom 28.08.2013 betr. Parkplatz Düsseldorfer Straße in Meerbusch-Büderich
Vorlage: ZD/087/2013

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard beantwortet die Anfrage für die Niederschrift wie folgt:

zu 1. Die Kosten für den Parkplatzbau betragen 248.466,31 €. Die Kosten für die Beleuchtung betragen 5.726,44 €.

zu 2. Es liegt eine 5%-ige Gewährleistungsbürgschaft für die Lärmschutzwand (=1.613 €) vor. Zusätzlich werden von den restlichen Arbeiten der ausführenden Baufirma nach Rücksprache mit dem Insolvenzverwalter 5 % der Abrechnungssumme einbehalten.

zu 3. Die Urkunde zur Gewährleistungsbürgschaft zur Lärmschutzwand ist wie üblich im Verwahrgelass der Stadtkasse hinterlegt.

zu 4. Der Bodenwert des heutigen Parkplatzgrundstücks liegt bei ca. 40 €/qm, insgesamt ca. 31.520 €.

10.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.09.2013 betr. Betriebsbesuche von BundestagskandidatInnen in Meerbuscher Unternehmen
Vorlage: ZD/089/2013

Bürgermeister Spindler erklärt grundsätzlich, dass für Herrn Heveling in seiner Funktion als Bundestagsabgeordneter Unternehmensbesuche in seinem Wahlkreis nicht ungewöhnlich seien, sondern zu seinem Aufgabenbereich gehörten. Er selbst habe aus terminlichen Gründen keine Sportlerehrungen mit Herrn Heveling gemeinsam vorgenommen, was jedoch auch aus seiner Sicht nicht unüblich gewesen wäre.

Die einzelnen Fragen beantwortet er wie folgt:

zu 1. Besuche von Bundes- und Landtagsabgeordneten in Unternehmen gelten der Kontaktpflege und dem allgemeinen Austausch.

zu 2. Die Wirtschaftsförderin hat die Besuchstermine auf Anfrage von Herrn Heveling vermittelt.

zu 3. Zu den Veranstaltungen mit Beteiligung von Bundes- oder Landespolitikern in jüngerer Vergangenheit gehörten der Besuch des NRW-Bauministers Groschek in der Böhlersiedlung, der gestrige Besuch des Umweltminister Rimmel, der Besuch des Abgeordneten Fricke bei der Firma Medtronic und die Diskussionsrunde der Wirtschaftsunioren des Rhein-Kreises Neuss im Autohaus Nauen. Diese Veranstaltung, unter anderem mit dem Grünen-Kandidaten Renner, fand ebenfalls auf Vermittlung von Frau Reiß statt.

zu 4. Die Verwaltung lässt sich weder in noch außerhalb von Wahlkampfzeiten für einzelne Kandidatinnen oder Kandidaten „einspannen“.

zu 5. Die Wirtschaftsförderung organisiert keine Werbeveranstaltungen für politische Kandidaten.
 zu 6. Es gab keinerlei andere Anfragen.
 zu 7. Nein, die Auffassung wird nicht geteilt.
 zu 8. und 9. Es gab keine Unterstützung für einen. Selbstverständlich ist es jedoch rechtlich zulässig, dass Abgeordnete aus Bund oder Land Meerbusch besuchen und bei Bedarf die Verwaltung involvieren.

Ratsherr Peters hält seine Kritik aufrecht, da aus seiner Sicht Herr Heveling vergleichsweise bevorzugt worden sei. Diese Kritik weist Bürgermeister Spindler nochmals ausführlich zurück.

10.5 Anfrage des Ratsherrn Müller - Zentrum - vom 05.09.2013 betr. Steuererhöhungen seit 2011 Vorlage: ZD/090/2013

Herr Fiebig beantwortet die Anfrage für die Niederschrift wie folgt.

Die Einnahmen im Jahr 2011 aus der Grundsteuer B betragen 9.575.133,40 €. Im Jahr 2012 betragen sie 9.627.069,37 €.

Die Einnahmen im Jahr 2011 aus der Grundsteuer A betragen 100.137,29 €. Im Jahr 2012 betragen sie 109.933,12 €.

Die Einnahmen im Jahr 2011 aus der Hundesteuer betragen 240.564,83 €. Im Jahr 2012 betragen sie 294.854,57 € und werden im Jahr 2013 voraussichtlich 298.077,57 € betragen.

10.6 Anfrage des Ratsherrn Müller - Zentrum - vom 06.09.2013 betr. Wochenendfahrt nach Fouesnant Vorlage: ZD/091/2013

Bürgermeister Spindler erläutert, dass die Fahrt eine Delegation nach Fouesnant in der Zeit vom 30.08. – 01.09.2013 nicht auf Veranlassung der Stadt Meerbusch erfolgt sei. Vielmehr sei vom Partnerschaftskomitee eine Teilnehmerliste erstellt worden. Die beiden stellvertretenden Bürgermeister, die Erste Beigeordnete und die Wirtschaftsförderin habe er, neben sich selbst, als städtische Vertreter benannt. Hinsichtlich der Reisekosten sei es so, dass durch die Unterbringung bei Gastfamilien vor Ort keine Kosten anfielen. Die Reisekosten für den Bus werden zu mehr als der Hälfte aus privaten Beiträgen der Teilnehmer und zu einem verbleibenden Anteil aus dem Ansatz Städtepartnerschaft bestritten. Als Gegenleistung für die kostenlose Unterbringung vor Ort ergebe sich die Verpflichtung zur Unterbringung französischer Gäste bei einem Gegenbesuch in Meerbusch. Dies mache einen wesentlichen Teil bei der praktischen Umsetzung der Städtepartnerschaft aus.

Bei der Reise vor zwei Jahren sei allen Ratsmitgliedern die Teilnahme angeboten worden.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt den der Einladung beigefügten Bericht zur Kenntnis.

Anschließend berichtet Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage ausführlich darüber, dass der Rhein-Kreis Neuss als zuständiger Maßnahmenträger mit sofortiger Wirkung eine Betriebsuntersagung für

die beiden Altenheime Medina und Seniorenpark in Meerbusch-Strümp ausgesprochen habe. Die Presse wurde in einer Pressekonferenz am Nachmittag des Sitzungstages über die Maßnahme und die zugrundeliegenden Missstände in den beiden Heimen informiert. Seit Sommer 2012 seien schwere Mängel im Betrieb und in der Versorgung der Bewohner festgestellt worden. Der Rhein-Kreis Neuss habe daher im November 2012 einen Aufnahmestopp verfügt. Derzeit seien noch 100 Bewohner in den beiden Einrichtungen untergebracht. Weitere laufende Überprüfungen hätten leider ergeben, dass eine Verbesserung der Zustände trotz mehrfacher entsprechender Versprechen der Betreiber nicht festgestellt werden konnte. Im Rahmen der Betriebsuntersagung sei der Betreiber nunmehr auch aufgefordert, die derzeitigen Bewohner bis zum 30.11.2013 in anderen Einrichtungen unterzubringen. Hierzu sei er verpflichtet. Es sei jedoch abzusehen, dass dies problematisch werden könnte. Die weitere Entwicklung sei abzuwarten, insbesondere da der Betreiber angekündigt habe, gegen die Betriebsuntersagung gerichtlich vorzugehen. Ansprechpartner sei in allen Fragen der Rhein-Kreis Neuss als Maßnahmenträger. Die Stadt Meerbusch sei nicht zuständig.

Hinsichtlich des Feuerwehrgerätehauses in Meerbusch-Lank-Latum berichtet Bürgermeister Spindler, dass ein Ausbau geplant sei und daher die leerstehende Wohnung derzeit nicht vermietet werde. Ein Verkauf des Grundstücks an der Rottstraße sei daher nunmehr möglich.

12 Termin der nächsten Sitzung: 14. November 2013

Die nächste Sitzung findet gem. Langzeitplan am 14. November 2013 statt.

13 Verschiedenes

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 18. September 2013

Dieter Spindler
Bürgermeister

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in